

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der dgl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließlich. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierzehntägl. M. 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn M. 5.— Erstes mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur montags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Geschäftsstelle von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Zusatzpreis werden die gehaltenen Zeitungen mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Überholung wird Rabatt gewährt. Sonntagszeitungen 25 Pf. Interesse müssen bis spätestens 1/2, 10 Uhr nach in der Expedition abgegeben sein und sind im vorraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 82.

Dresden, Freitag den 11. April 1913.

24. Jahrg.

General Biebert will das Berliner Tagblatt, das ihm Beteiligung an faulen Gründungen vorgeworfen hat,

Die Berliner Banarbeiter lehnen den bei den örtlichen Tarifverhandlungen gefälschten Schiedsspruch ab.

In dem Berliner Spielerprozeß wurde Stollmann zu einem Jahr und Kramer zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Niemals wurde freigesprochen.

Der Beginn der von Antivari bis zur Drinmündung reichen Friedlichen Blockade wurde dem Gouverneur von Antivari gestern notifiziert.

Ein Schiff der internationalen Flotte hat in den Gewässern von Antivari die Yacht des Königs Nikolaus getroffen.

Die russische Regierung hat eine Note über die Haltung Russlands in der Skutaristrage veröffentlicht.

## Auf dem Wege zum Steuerkompromiß.

Wenn der Abgeordnete Dr. Baasche in der gestrigen Sitzung des Reichstages, in der die Dedungsvorlagen in erster Lesung beraten wurden, die Anschauungen seiner Fraktion wiedergegeben haben sollte, wäre ein Steuerkompromiß der Nationalliberalen mit dem Zentrum und den Konservativen zu erwarten, daß nur darin bestehen könnte, daß die Nationalliberalen auf die Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer verzichten und alles das beschließen, was die Konservativen und das Zentrum wollen! Von Verhalten der Nationalliberalen hängt diesmal die Gestaltung der Steuergesetz ab, ob sie mit der Rechten oder der Linken gehen. Herr Bassemann hat zwar vor wenigen Tagen noch, in Hannover, unter dem Beifall seiner Parteigenossen angekündigt, die Nationalliberalen würden auf eine Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer unter allen Umständen bestehen. Aber gestern erklärte nun der Redner der nationalliberalen Fraktion, Dr. Baasche, die Nationalliberalen würden sich nicht auf eine Form der Besteuer verstellen und eine "Verständigung" suchen. Das kann nichts anderes bedeuten, als daß die Nationalliberalen sich dem Willen des Zentrums und der Konservativen unterordnen wollen, zumal direkt vor Baasche der Zentrumsprediger Dr. Speck im Namen seiner Fraktion einen Abgelehrten und außerdem bestont hatte: das Zentrum werde die Militärvorlage nicht annehmen, wenn die Dedung von einer andern Mehrheit beschlossen werden sollte als von derjenigen, die auch die Rüstungsvorlagen anzunehmen gewillt sei. Es heißt allerdings nun, die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion sei mit der Rede Baasches nicht einverstanden und halte an dem fest, was Bassemann in Hannover angekündigt hat. Aber auf die Nationalliberalen ist nie ein Verlust gewesen, und so wird man sie auch jetzt wieder mit dem Gedanken vertraut machen müssen, daß die Nationalliberalen ins schwarzblaue Lager abschwören werden.

Die Geschichte der Finanzreform ist die Geschichte gebrochenen Versprechens. konnte mit Recht unser Genosse Dr. Südefum sagen, der gestern die Debatte über die Dedungsvorlagen einleitete, nachdem Staatssekretär Kühn seine Begründung bereits am Mittwoch vorgetragen hatte. Und Südefum stellte unter dem Beifall der Linken fest, daß die Regierungsvorlagen keine Erfüllung der Verpflichtung des Bundesstaates bringt, der nach dem Beschluss des Reichstages, dem der Bundesrat auch zugestimmt hat, bis spätestens 30. April 1913 eine Besteuerungsvorlage einbringen sollte. Der Reichstag habe nur direkte Reichssteuern im Auge gehabt: Erbbaftsteuer oder Vermögenssteuer. Der Wehrbeitrag soll nun eine Art Loslaufsgeld von der Besteuer sein. Auf diesen Vorschlag einer einmaligen Vermögensabgabe bilde sich die Regierung etwas ganz Besonderes ein. Während erst gelagt wurde, der Plan sei von einer hohen Stelle aus gegangen, habe nun der Staatssekretär Kühn die Befürchtung für sich reklamiert. Aber Südefum stellte dann unter großer Heiterkeit des Hauses nach den stenographischen Berichten fest, daß unser Genosse Dr. David diesen Vorschlag schon vor 6 Jahren im Reichstage gemacht habe mit der Begründung, wenn die Bestehenden für die Kosten der Militärkosten aufkommen müßten, dann würde ihre Besteuerung für neue Militärvorlagen schon vergehen. Damals wurde freilich der Vorschlag als frivol und phantastisch bezeichnet. Nun hat sich der Bundesrat als ein gelehriger Schüler der Sozialdemokratie entpuppt. Südefum zeigte aber auch, daß der Wehrbeitrag, so wie er vorgeschlagen werde, eine Schonung der Großen bedeute und gering sei im Verhältnis zu der Willkür, die das arbeitende Volk allein an Steuern auf Prost jährlich aufzubringen und schwelgend tragen muß, während jetzt ein großes Getöse über das "Opfer" gemacht werde, das die Bestehenden zu bringen hätten. Eine Dedung der dauernden Ausgaben durch eine direkte Besteuer brächte die Regierungsvorlagen überhaupt nicht. Aber wann die Mehrheit des Reichstages, die sich wiederholt für eine Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer erklärt habe, auf ihrem Standpunkt bestünde, könnte jetzt Großes. Würde eine gerechte Steuer endlich geschaffen werden.

Wie wenig Aussicht vorhanden ist, das zu erreichen, zeigten die Ausführungen der folgenden Redner. Herr Speck dem Zentrum hat zwar "schwere Bedenken" gegen alle Vor-

schräge der Regierung erhoben. Die Summen, die gefordert werden, übertreffen auch alles bisher Dagewesene. Aber das Zentrum werde die Vorlagen einer "gründlichen Prüfung" unterziehen und "grundlegend bewilligen, was gerecht ist".

Aber das steht er ausdrücklich fest: "Wir verlangen, daß die Gestaltung der Dedungfrage von der gleichen Mehrheit vorgenommen werden muß wie die Militärvorlage. Wir sind nicht geneigt, die Rüstungsvorlagen zu bewilligen, die Dedung aber einer anderen Mehrheit zu überlassen. Und wir bestehen darauf, daß die Militärvorlage nicht verabschiedet wird, bis die Dedung bewilligt wird." Das Zentrum will also die Steuern beschließen lassen, bevor die Militärvorlage angenommen wird. Und es will gegen die von ihm als zur Rettung undVerteidigung des Vaterlandes für dringend notwendig bezeichneten Rüstungsvorlagen stimmen, wenn die Reichstagsmehrheit eine Erbbaft- oder Reichsvermögenssteuer beschließen sollte! Das nur das und nichts anderes gemeint war, bestätigte der Zentrumsprediger in seinen weiteren Ausführungen, in denen er u. a. sagte, mit dem Wehrbeitrag und dem Erbrecht des Staates betrete man den bedeutsamen Weg, den man mit der Erbbaftsteuer eingeschlagen hat; die Vorlage der Regierung stehe auf dem Boden der sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik. Schon die einmalige Abgabe von 1/2 Proz. des Vermögens ist in den Augen des Zentrums eine Vermögenskonfiszation! Nur mit schweren Bedenken" will es dem Gedanken einer einmaligen Vermögensabgabe von 1/2 Proz. näher treten. Und schon in den Entwürfen über die Dedung der laufenden Ausgaben sieht das Zentrum eine Vereinfachung der Finanzarbeit der Bundesstaaten, an der es nicht rütteln wolle. Man kann dann doch vorstellen, wie weit das Zentrum erst eine Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer von sich weisen wird.

Eine Mehrheit für die Reichsverbaft- oder Reichsvermögenssteuer wäre indes im Reichstage trocken vorhanden. Aber nach der Rede von Dr. Baasche kann man mit dem Umfall von wenigstens einem Teil der Nationalliberalen rechnen. Die Nationalliberalen seien der Meinung, sagte der nationalliberale Fraktionsredner, eine Reichsvermögenssteuer wäre das beste. "Wir" — die Nationalliberalen — wären auch bereit, eine Erbbaftsteuer anzunehmen. "Aber uns liegt daran, eine Verständigung zu finden, auch der andere Weg ist uns lieb."

Der "andere Weg" kann nur der sein, der ins Lager der Rechten führt. Die von der Regierung vorgelegte Rüstungsvorlage erregte "Bedenken" auch bei Baasche, wie bei Speck und dem konservativen Redner Graf Westarp, der zuletzt sprach. Aber die "Bedenken" der schwarzblauen Parteien bestehen darin, daß ihnen diese winzige Veranerkennung des Besitzes schon zu weit geht. Und wenn die Nationalliberalen die von Dr. Baasche angekündigte "Verständigung" mit der Rechten wirklich suchen sollten, dann ist mit Sicherheit zu erwarten, daß wieder eine miserabile Steuergesetzmacherei austand kommt. Qui vivat, vorta!

## Die Berner Verständigungskonferenz.

Wie wir bereits mitteilten, beruft ein Komitee, bestehend aus schweizerischen, deutschen und französischen Parlamentariern, unter Mitwirkung des internationalen Friedensbüros, Mitglieder des französischen Parlaments und des Deutschen Reichstages zu einer Konferenz in Bern am 20. April zusammen, um Mittel zu suchen, dem Weltfrieden beider Staaten zu dienen und auf eine Vertagung der Annahme der Wehrvorlagen hinzuwirken. Das Einladungsschreiben hat folgenden Wortlaut:

Unsere Nachbarländer Deutschland und Frankreich sind im Begriff durch verstärkte Einstellung von Rekruten und durch Verlängerung der Dienstzeit ihre stechernde Heere bedeutend zu vergrößern. Es liegt den Untergesetzten eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten dieser uns befreundeten Nationen durchaus, aber sie beobachten die Entwicklung der Rüstungen mit schweizerischem Interesse, weil unser Land durch zahllose wirtschaftliche und kulturelle Bande mit den beiden Völkern verknüpft ist, und sie leiten daraus das moralische Recht ab, ihre Dienste in wohlmeynender Weise anzubieten. Nicht sowohl der Inhalt als der Zeitpunkt der Einbringung der deutschen und der französischen Wehrvorlagen ist geeignet, Beunruhigung herorzurufen und selbst den europäischen Frieden zu gefährden.

Alle jene Völkervertreter, die sich dieser Ehrenpflicht nicht verschließen, werden es als wichtigstes und erreichbares Ziel betrachten, eine Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich über die Rüstungsvorlagen herbeizuführen. Um den Mitgliedern der beiden Parlamente, die in dieser Auffassung mit uns einig gehen, Gelegenheit zu gegenwärtiger Ausprache auf neutralem Boden zu geben, und um einen Weg zu dem Ziel der Annahme neutralen Deutschlands und Frankreichs zu finden, erlassen die untergesetzten verschiedenen Vertretungen angehörenden Mitglieder des schweizerischen Nationalrates die Einladung zu einer deutsch-französischen Verständigungskonferenz auf Sonntag den 20. April nach Bern. Die Teilnehmerliste sowie alle nötigen Mitteilungen über Organisation der Konferenz werden folgen.

Eveque (franz.), Dr. Gobat (franz.), Greiflis (franz.), Grimm (franz.), Leyler (franz.), Lutat (franz.), Dr. Michel (franz.), Rütschi (franz.), J. Scherer, Müller (Demokr.), Dr. Suter (franz.), Jean Gasp (franz.), Sieg (franz.), Dr. Weber (Demokr.).

Wie wir hören, hat auch eine Anzahl bürgerlicher Abgeordneter in Frankreich wie in Deutschland ihre Teilnahme an der Konferenz zugesagt.

## Die Blockade der montenegrinischen Küste

Ist seit gestern morgen erklärt. Der Kommandierende der internationalen Flotte in den Gewässern von Antivari, Viceadmiral Burnside, hat dem Gouverneur von Antivari gestern mitgeteilt, daß von 8 Uhr freilich an die friedliche Blockade von Antivari bis zur Drinmündung beginne. Wie der Ritter meldet, wurde dem König Nikolaus von Petersburg aus brieflich der Rat erteilt, sich den Forderungen Europas zu unterwerfen. Man darf annehmen, daß sich Nikolaus nicht mehr lange spreizt, nachdem ihm die Nächte zur Entschädigung für Skutaric ein Trinkgeld von 20 Millionen angeboten haben und nachdem vor allem Jugland von den Söhnen der schwarzen Berge abgerückt ist. Dies wird sehr deutlich durch ein Communiqué, das jetzt in Petersburg vom Ministerium des Auswärtigen veröffentlicht wurde. Es heißt darin über das Verhältnis zwischen

Rugland und Montenegro:

Im Verlaufe langer und hartnäckiger Verhandlungen und gegen seitiger Zugeständnisse von beiden Seiten glaubte Jugland, die Union von Skutaric durch Albanien zu gestalten zu müssen, ein Zugeständnis an die Aufrechterhaltung des Staates, dessen Geschichtung aus diesem Anlaß nicht abdrückbar scheinen mößte. König Nikolaus hat die Verpflichtung, die er übernommen hatte, Jugland vom Beginne des Krieges vorher zu benachrichtigen und seine Zustimmung einzuholen, nicht erfüllt. Trotzdem ließ ihm der Kaiser von Jugland großmütig seine Hilfe, indem er der montenegrinischen Bevölkerung Hilfsmittel und Beistand zusagte. Als die Frage von Skutaric gelöst war, wurde der König freundlich, doch davon in Kenntnis gesetzt, wenn er weiterhin Widerstand entgegensezte. Dann wurde ihm der Rat erteilt, sich den Wehrschuldungen persönliche Geschäftspunkte zu verfolgen, zu entziehen. Als diese Schritte bei König Nikolaus erfollos blieben, wurde es klar, daß er mit der Einmischung Juglands und der Serbien sowie mit einem europäischen Kreis rechnete. Die russische Regierung konnte also nicht dagegen sein, daß Maheyegn ergriffen wurden, die sich nach der Regelung König Nikolaus' als notwendig erwiesen. Die kaiserliche russische Regierung verzerrt nicht die Hoffnung, daß Montenegro seine hartnäckigen Gemüthungen einstellen wird. In diesem Falle würde Europa Mittel finden, die Lage des montenegrinischen Volkes zu erleichtern, das schwer zu tragen hat an dem durch die Belagerung Skutaris geöffneten Ofen. Die slawische und orthodoxe Großmutter Juglands hat niemals mit Hilfe und Opfern für ihre slawischen Brüder gespart. Diese slawischen haben aber auch die Wucht, die Rückschläge zu empfehlern, mit denen Jugland seinen Rückmarsch tritt, und sich zu erinnern, daß wenn wir Jugland auf ihre Erfolge hin, diese doch nicht hätten erreicht werden können ohne Jugland. Diese Beziehungen Juglands zu den slawischen Völkern schließen jede Heindseligkeit gegenüber anderen Staaten und Völkern aus. Die innere Kraft Juglands hat nicht nötig, von Besorgnissen zu drohungen überzugehen.

Die Großmütter bringen zum Frieden.

Wien, 10. April. Wie die Neue Freie Presse aus diplomatischen Kreisen erfuhr, besteht bei den Großmächten der Willen, trotz der noch vorhandenen Schwierigkeiten den Frieden so bald als möglich zum Abschluß zu bringen. Man glaubt, daß in der für morgen angesetzten Signierung der Botschafter-Konvention die legten der noch strittigen Punkte der Abgrenzung Albaniens erledigt werden dürfen und daß diese Grenze dann den Balkanstaaten ihrem Verlangen gemäß in der Antwort der Großmächte mitgeteilt werden wird.

Sofia, 10. April. Die eingeladenen Vertreter der Großmächte haben bereits Institutionen zwangsweise überzeugung der Antwort der Räte an die verbündeten Balkanstaaten erhalten. Die Übereinkunft dürfte morgen erfolgen.

Vom Kriegsbeginn bis ins Elbott.

Sofia, 10. April. Am 7. April früh landete eine türkische Infanterieabteilung unter dem Schutz eines Kriegsschiffes südlich vom Dorfe Kostero. Die Bulgaren eröffneten ein heftiges Feuer und brachten den Feind zum Stehen. Gleichzeitig erschien ein aus den bulgarischen Hauptfestungen entsandtes Bataillon. Die Kolonne wurde vernichtet. Nachmittags rückten zwei bulgarische Infanterieabteilungen, von Artillerie unterstützt, gegen das Dorf Kumburgas vor und säuberten das Küstenland.

## Deutsches Reich.

Die Angst der Rüstungsbürgertum.

In seiner Rede zu den Wehrvorlagen hatte sich der deutsche Reichskanzler auch mit den Churchill'schen Ausführungen beschäftigt, in denen er für eine Pause, ein "Ferienjahr" im deutsch-englischen Wettkampf eintrat. Bethmann-Hollweg bezeichnete den Gedanken als einen großen Fortschritt und erklärte, abwarten zu wollen, ob England mit konkreten Vorschlägen kommen werde. Die Tägliche Rundschau will nun mehr von "besonderser Seite" erfahren haben, daß die englische Regierung tatsächlich die Absicht hat, nach Eng-